

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2020

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Kommission: Neue Website mit Informationen zu EU-Maßnahmen gegen Covid-19 .....	1
EU-Kommission: Jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten .....	1
EU-Kommission: EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 vorgestellt.....	1
EU-Kommission: Feedback und Konsultation zu zwei Initiativen zur Geschlechtergerechtigkeit.....	2
EU-Kommission: Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2021-2024 .....	2
EU-Kommission: Konsultation zur Klassifizierung grüner Investitionen .....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten.....</b>	<b>3</b>
Belgien: Schulpflicht ab fünf Jahren in der Föderation der Region Wallonie-Brüssel geplant.....	3
Dänemark: Prioritäten des Fonds für soziale Investitionen für 2020 festgelegt .....	3
Finnland: Änderungen beim Elterngeld .....	3
Irland: Finanzierung für Projekte zur Unterstützung von LGBTI+ Jugendlichen .....	3
Italien: Haushalt für 2020 enthält wichtige Änderungen für Familien.....	3
Litauen: Änderungen bei Familienleistungen .....	4
Schweden: Neues Gesetz gegen Ehen von Minderjährigen .....	4
Großbritannien: Neue Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in Pflege.....	4
Großbritannien: Erzieherische Gewalt gegen Kinder in Wales gesetzlich verboten .....	4
Portugal: Aufenthaltstitel für alle AntragstellerInnen während der Covid-19 Pandemie.....	5
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
COFACE: Online-Angebote europäischer Familienorganisationen .....	5
Eurochild: Kinderschutz in Zeiten von Covid-19.....	5
ParentBank: Initiative für die Teilhabe Alleinerziehender.....	6
Offener Brief zur Evakuierung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln.....	6
Internationaler Frauentag am 8. März .....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>7</b>
OECD: Statistiken und wissenschaftliche Perspektiven zu Covid-19 .....	7
EU-Kommission: Studie zur Situation von „Plattform-ArbeiterInnen“ .....	7
IEEP: An EU Green Deal for trade policy and the environment.....	7
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Kommission: Neue Website mit Informationen zu EU-Maßnahmen gegen Covid-19

Die EU-Kommission informiert auf der Website „Coronavirus response“ über die EU-Maßnahmen im Umgang mit dem europaweiten Ausbruch der Krankheit Covid-19. Sie ist unterteilt in die Bereiche öffentliche Gesundheit, Mobilität, Wirtschaft, Krisenmanagement und Forschung und Innovation. Im Bereich öffentliche Gesundheit hat die Kommission ein Beratungsgremium aus VirologInnen und EpidemologInnen eingesetzt, der wissenschaftlich fundierte und EU-weit koordinierte Maßnahmen des Risikomanagements erarbeiten soll. Die Mobilität ist im gesamten Schengenraum zeitweise auf notwendige Güter und Dienstleistungen beschränkt. Zur wirtschaftlichen Entlastung der Mitgliedstaaten wurden die Haushaltsregeln gelockert und eine Investitionsinitiative in Höhe von 37 Milliarden Euro zur Unterstützung kleinerer Unternehmen und des Gesundheitssektors gestartet. Das Krisenmanagement konzentriert sich vor allem auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Rückführung von BürgerInnen aus dem Ausland und den Austausch von Gütern zur medizinischen Versorgung.

- [EU-Kommission: Coronavirus response](#) 

### EU-Kommission: Jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten

Die EU-Kommission hat die Ergebnisse der jährlich durchgeführten Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den Mitgliedstaaten veröffentlicht. Wichtiger Teil dieses „Winterpakets“ sind die Länderberichte zur wirtschaftlichen Entwicklung und der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen. Demnach zeigt sich, dass die Arbeitsmarktlage günstig und die Armut im Durchschnitt gesunken sei. Die Verschuldung der Mitgliedstaaten sei im Einzelnen sehr unterschiedlich, insgesamt jedoch angestiegen. Eine Herausforderung für das Wirtschaftswachstum stelle der demografische Wandel mit dem umfassenden Trend der alternden Erwerbsbevölkerung dar. Erstmals wurde in den diesjährigen Länderberichten analysiert, wie die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung umgesetzt wurden. Dabei wurden wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einbezogen, die zur Verwirklichung der Ziele beitragen. Auch die Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende in den einzelnen Staaten fließen in die Bewertung mit ein. Deutschland hat bei der Umsetzung seiner länderspezifischen Empfehlungen nur begrenzte Fortschritte gemacht: Makroökonomische Ungleichgewichte setzten sich fort und es fehle an Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich. Im Rahmen des Winterpakets wurde außerdem ein Vorschlag zur Aktualisierung der beschäftigungspolitischen Leitlinien und den fünften Bericht über die verstärkte Überwachung Griechenlands angenommen.

- [Zur Übersicht aller Länderberichte](#) 
- [Vorschlag zur Aktualisierung der beschäftigungspolitischen Leitlinien](#) 
- [Bericht über die verstärkte Überwachung Griechenlands](#) 

### EU-Kommission: EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 vorgestellt

Die EU-Kommission hat die Gleichstellungsstrategie der EU für die Jahre 2020-2025 vorgestellt. Trotz Fortschritten in verschiedenen Bereichen ist die geschlechtsbezogene Diskriminierung in keinem der EU-Mitgliedstaaten vollständig überwunden. In der Strategie verpflichtet sich die Kommission, die Gleichstellungsperspektive in alle Politikbereiche einfließen zu lassen. Sie legt außerdem konkrete Maßnahmen für die kommenden fünf Jahre fest. Dazu zählt die Forderung rechtlicher Neuerungen zur Bekämpfung geschlechtsbezogener, insbesondere sexueller

Gewalt. Ein weiteres Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben von Frauen und ihre gleiche Vergütung. Gefördert werden sollen außerdem Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft. Die Kommission selbst hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2024 auf allen Führungsebenen Geschlechterparität zu erreichen.

- [EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025](#) 

### EU-Kommission: Feedback und Konsultation zu zwei Initiativen zur Geschlechtergerechtigkeit

Derzeit sind zwei EU-Initiativen zur Geschlechtergerechtigkeit in der Feedback- bzw. Konsultationsphase: Der dritte Aktionsplan zur Geschlechtergerechtigkeit und weltweiten Frauenrechten 2021-2025 ist bis zum dritten April in der Feedbackperiode. Er ist geplant, um auf den bisherigen Aktionsplänen aufzubauen und die EU-Gleichstellungspolitik um eine stärkere internationale Perspektive zu ergänzen. Außerdem hat die EU-Kommission eine Richtlinie vorgeschlagen, die Gehaltstransparenz zur Verringerung der Gender Pay Gap vorschreiben soll. Mit verbindlichen Vorgaben zur Lohntransparenz soll Diskriminierung in diesem Bereich öffentlich sichtbar werden. Betroffene bekämen zudem eine bessere Grundlage zum Einleiten rechtlicher Schritte gegen Diskriminierung beim Lohn. Dieser Vorschlag für eine neue Richtlinie ist bis zum 28. Mai in der öffentlichen Konsultation.

- [Feedback zum Gender equality & women's rights worldwide – 2021-25 action plan](#) 
- [Konsultation zu Gender pay gap – transparency on pay for men and women](#) 

### EU-Kommission: Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2021-2024

Der EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie für den Zeitraum 2021-2024 wurde von der Kommission angenommen. Darin werden die diesbezüglichen Prioritäten für die nächsten Jahre festgelegt. Sie halten konkrete Pläne fest, wie die EU den gegenwärtigen Transformationsprozessen wie der Digitalisierung und dem Klimawandel im Einklang mit ihren Werten begegnen wird. Die Handlungsschwerpunkte dabei sind Schutz und Stärkung des Einzelnen, Aufbau resilienten, inklusiver und demokratischer Gesellschaften, die Förderung eines globalen Systems von Menschenrechten und Demokratie, die Nutzung der Chancen und Überwältigung der Herausforderungen durch neue Technologien und die ergebnisorientierte europäische Zusammenarbeit. Sie sollen als Grundlage aller Maßnahmen der EU auf nationaler, europäischer und multilateraler Ebene dienen.

- [Zur Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

### EU-Kommission: Konsultation zur Klassifizierung grüner Investitionen

Die EU-Kommission hat eine Konsultation zur Klimaschutztaxonomy für nachhaltige Finanzen veröffentlicht. Diese Taxonomie soll entwickelt werden, um nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten nach einer EU-weit einheitlichen Definition klassifizieren zu können. Bisher gibt es für Begriffe wie „umweltfreundlich“ und „nachhaltig“ keine verbindliche Definition. Mit der geplanten Taxonomie-Richtlinie wird die EU-Kommission verpflichtet, technische Auswahlkriterien zur Bewertung von Projekten im Hinblick auf die EU-Umweltziele in einem Rechtsakt zu definieren. An der Konsultation steht bis zum 20. April teilgenommen werden.

- [Konsultation zur Klimaschutztaxonomy](#) 

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Belgien: Schulpflicht ab fünf Jahren in der Föderation der Region Wallonie-Brüssel geplant

Die Regierung der französischen Gemeinschaft Belgiens hat für die Region Wallonie-Brüssel einen Gesetzentwurf angenommen, durch den das Schuleintrittsalter von sechs auf fünf Jahre herabgesetzt wird. Wenn der Entwurf auch im Parlament beschlossen wird, tritt es ab September 2020 in Kraft. Neben diesem Gesetz ist eine Kampagne geplant, mit der das Bewusstsein für die Bedeutung frühkindlicher Bildung und Förderung in der Bevölkerung gesteigert werden soll. Insbesondere soll sie Eltern motivieren, ihre Kinder in den Kindergarten zu bringen. Diese Maßnahmen sollen Ungleichheiten in der Teilhabe am Bildungssystem reduzieren.

### Dänemark: Prioritäten des Fonds für soziale Investitionen für 2020 festgelegt

Der Fonds für soziale Investitionen wurde in Dänemark im Jahr 2018 geschaffen, um soziale Projekte aus verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen zu finanzieren. Für das Jahr 2020 hat der Vorstand des Fonds beschlossen, den Fokus der Investitionen auf besonders gefährdeten Kindern und Jugendlichen, sicheren Arbeitsbedingungen und der Prävention von lebensstilbedingten Erkrankungen zu legen. Das Programm wird jährlich neu aufgestellt, wobei stets Mittel für neue Investitionen und die Weiterförderung bestehender Programme zur Verfügung gestellt werden. Begleitet wird der Fonds von ExpertInnen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die neue Impulse geben und die Arbeit der geförderten Projekte evaluieren.

### Finnland: Änderungen beim Elterngeld

Das finnische Ministerium für Soziales und Gesundheit hat eine Reform des Elterngeldes vorgestellt. Mit dem neuen Gesetz wird der Gesamtanspruch von Familien auf Elterngeld von 11,5 auf 14 Monate erhöht. Jedes Elternteil hat damit (im Sechs-Tage-Bezugssystem) einen Anspruch von jeweils 6,6 Monaten bezahlte Elternzeit, von denen bis zu 69 Tage an die jeweiligen PartnerIn übertragen werden kann. Alleinerziehende erhalten den gleichen Anspruch wie Familien mit beiden Elternteilen. Die Änderungen werden eingeführt, um Müttern und Vätern den gleichen Anspruch auf Elterngeld zu erteilen. Das neue Gesetz soll eine geschlechterneutrale Elternzeitregelung befördern, indem beide Elternteile individuell den Anspruch auf die rund sieben Monate haben. Bisher galt der Anspruch pro Familie und konnte auch von nur einem Elternteil genommen werden – in der Praxis meistens von Frauen. Mit der Reform soll es Familien erleichtert werden, ein Modell zu finden, das zu ihrer Lebenssituation passt. Das Gesetz soll 2021 in Kraft treten.

### Irland: Finanzierung für Projekte zur Unterstützung von LGBTI+ Jugendlichen

Das Ministerium für Kinder- und Jugendangelegenheiten Irlands hat angekündigt, rund 300.000 Euro in Projekte zu investieren, die homo-, bi- transsexuelle und Jugendliche mit anderen Geschlechtsidentitäten und -orientierungen unterstützen soll. Mit den Projekten sollen junge Menschen zwischen 10 und 24 Jahren in ganz Irland erreicht werden. Auf die Finanzierung bewerben können sich Organisationen, die in den Bereichen Ausbildung, Mentoring, Coaching und soziale Arbeit mit LGBTI+ Jugendlichen arbeiten. LGBTI+ steht für Lesbian, Gay, Bi, Trans, Inter (Lesbisch, Schwul, Trans, Inter) und soll alle queeren Identitäten umfassen. Die neuen Investitionen werden im Rahmen der nationalen Jugendstrategie für LGBTI+ getätigt, die ein sicheres und unterstützendes Umfeld für diese Gruppe Jugendlicher schaffen soll.

### Italien: Haushalt für 2020 enthält wichtige Änderungen für Familien

Das italienische Parlament hat den Haushalt für das Jahr 2020 angenommen, der Änderungen bei den

Familienleistungen enthält. Für Kinder, die seit dem 1. Januar 2020 geboren wurden, kann nun von allen Familien der sogenannte Baby-Bonus beantragt werden. Er wird in den ersten zwölf Monaten nach der Geburt eines Kindes gezahlt und konnte bisher nur von Familien mit einem Jahreseinkommen unter 25.500 Euro beantragt werden. Die Leistung steht nun allen Familien zu, fällt bei höheren Einkommen allerdings geringer aus. Außerdem wurden die Zuschüsse für frühkindliche Betreuung und für Adoption oder Aufnahme von Pflegekindern erhöht. Der zusätzliche Urlaubsanspruch für Väter bei Geburt eines Kindes erhöht sich zudem von fünf auf sieben Tage. Außerdem soll verstärkt in den Ausbau von Kindergärten und Krippen investiert werden.

### Litauen: Änderungen bei Familienleistungen

Das Ministerium für Soziale Sicherheit und Arbeit von Litauen hat Änderungen bei den Familienleistungen für das Jahr 2020 angekündigt. Das Kindergeld wird von 50 Euro auf 60 Euro monatlich erhöht. Der Zuschlag für Kinder mit Behinderungen, die aus armen Familien oder Familien mit mehr als drei Kindern kommen, wurde von 20 auf 40 Euro erhöht. Auch die Definition einkommensschwacher Familien hat sich geändert. Konnte die Leistung bisher bis zu einem monatlichen Einkommen von 183 Euro im Monat beantragt werden, ist dies nun bis zu einem Einkommen von 250 Euro möglich. Um jungen Menschen, die mit ihren Eltern und Geschwistern in einem Haushalt leben, keinen Nachteil zu verschaffen, bleibt ihr Einkommen bis zum Alter von 24 Jahren anrechnungsfrei. Junge Erwachsene aus einkommensschwachen Familien können bis zum 21. Lebensjahr Kindergeld beziehen, wenn sie noch Zuhause wohnen.

### Schweden: Neues Gesetz gegen Ehen von Minderjährigen

Die schwedische Regierung hat ein Gesetz vorgeschlagen, das den Schutz von Minderjährigen vor Zwangsverheiratung stärken soll. Aktuell ist lediglich das Drängen oder Zwingen von Minderjährigen zur Ehe illegal. In Zukunft soll es auch strafbar sein, von einer Ehe oder eheähnlichen Lebensform mit Minderjährigen zu wissen und sie zu billigen. Außerdem soll ein Ausreiseverbot für Minderjährige geschaffen werden, bei denen der Verdacht besteht, dass sie zur Hochzeit oder Genitalverstümmelung außer Landes gebracht werden sollen. Minderjährigen, die das betrifft, soll kein Reisepass ausgestellt werden bzw. der Reisepass für ungültig erklärt werden. Bei Verstoß gegen dieses Reiseverbot können die verantwortlichen Erwachsenen mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft werden.

### Großbritannien: Neue Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in Pflege

In Großbritannien sollen die Regelungen für die Unterbringung von Minderjährigen in der Pflege geändert werden. Jugendliche unter 16 Jahren sollen nicht mehr in Unterkünften untergebracht werden, die nicht offiziell registriert sind und in denen keine sozialpädagogische Betreuung gewährleistet ist. Damit soll die Sicherheit der Jugendlichen verbessert und die Qualität ihrer Unterbringung gesichert werden. Wohnformen, die ein hohes Maß an Eigenständigkeit erfordern, werden von der Regierung zwar als wertvoller Übergang zu einem unabhängigen Leben als Erwachsene gesehen. Die Zahl der Jugendlichen in solchen unregulierten Wohnformen hätte sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Nicht immer liege dabei die pädagogische Entscheidung zugrunde, den Jugendlichen mehr Verantwortung übertragen zu wollen. Es fehlten Einrichtungen, in denen Schutz und Betreuung der Jugendlichen gewährleistet werden kann.

### Großbritannien: Erzieherische Gewalt gegen Kinder in Wales gesetzlich verboten

Die Nationalversammlung von Wales hat mit einer Mehrheit von 36 zu 14 Gegenstimmen ein Gesetz beschlossen, dass jegliche Gewalt an Kindern unter Strafe stellt. Bis das Gesetz im Jahr 2022 in Kraft tritt, wird sogenannte

angemessene Bestrafung (reasonable punishment) Erziehungsberechtigten nicht verboten sein. Der Gesetzgebung war eine öffentliche Kampagne vorausgegangen, die bei Eltern Aufmerksamkeit für die Problematik erzieherischer Gewalt erzeugen sollte.

### Portugal: Aufenthaltstitel für alle AntragstellerInnen während der Covid-19 Pandemie

Wer in Portugal vor dem Ausruf des Ausnahmezustands wegen der Covid-19 Pandemie eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt hat, bekommt diese nun automatisch erteilt. Dies gilt zunächst bis zum 1. Juli, wird bei Verlängerung des Ausnahmezustands jedoch entsprechend verlängert. Das gilt auch für Geflüchtete, die in Portugal Asyl beantragt haben und für alle Menschen, deren Visa für Portugal nach dem 25. Februar abgelaufen sind. Mit dieser Regelung werden alle AntragstellerInnen in die Kranken- und Sozialversicherung aufgenommen und erhalten eine Arbeitserlaubnis. Damit soll gewährleistet werden, dass alle Menschen in Portugal während der Pandemie uneingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten.

## Weitere Nachrichten

---

### COFACE: Online-Angebote europäischer Familienorganisationen

COFACE Families Europe hat eine Sammlung verschiedener Online-Angebote von europäischen Familienorganisationen herausgegeben. Die Sammlung soll über bestehende Angebote informieren und dazu anregen, digitale Formate zu entwickeln. Die vorgestellten Initiativen bearbeiten verschiedene Themenfelder wie die Vermittlung digitaler Kompetenzen für Kinder, Kinderschutz Online, digitale Angebote für Familien und die Schaffung eines inklusiven Internets für verschiedene benachteiligte Gruppen von Kindern. Sie stehen außerdem im Einklang mit den Digitalisation Principles der Organisation. Sie wurden herausgegeben, um NutzerInnen und Organisationen bei der Gestaltung eines demokratischen, inklusiven und sicheren Internets zu unterstützen.

- [Digital Families Map](#)  
- [COFACE Digitalisation Principles](#)  

### Eurochild: Kinderschutz in Zeiten von Covid-19

Das europäische Kinderschutznetzwerk Eurochild hat ein öffentliches Statement zur Covid-19-Pandemie abgegeben. Darin wird darauf hingewiesen, dass Kinder trotz geringer Gefährdung durch die Krankheit selbst von der Krise stark betroffen sind. Bildungsungleichheiten würden durch Schulschließungen verstärkt, da nicht alle SchülerInnen von den Eltern Hilfe erhalten können. Auch die fehlenden Angebote von Sozialdiensten, Familien- und Jugendzentren und Kindergärten trafen jene Kinder am stärksten, die Zuhause keine ausreichende emotionale und körperliche Versorgung bekommen. Herausgegeben wurde außerdem eine Linksammlung mit verschiedenen Informationsmaterialien zum Umgang mit der Pandemie. Darin finden sich Tipps für Kinder und Eltern, Hilfsangebote um mit Kindern die Situation zu besprechen, Ressourcen für Organisationen und Fachkräfte sowie Angebote auf anderen Sprachen.

- [Eurochild Statement on COVID-19](#) 
- [Linksammlung zum Umgang mit COVID-19](#) 



## ParentBank: Initiative für die Teilhabe Alleinerziehender

Sechs europäische Familienorganisationen in Griechenland, Rumänien, Litauen, Spanien, Bulgarien und Kroatien haben sich zu der Initiative ParentBank zusammengeschlossen. Sie soll zur gesellschaftlichen Teilhabe von Alleinerziehenden mit geringen Einkommen beitragen. Alleinerziehende haben ein höheres Risiko, von Armut und sozialer Exklusion betroffen zu sein. Davon sind vor allem Frauen betroffen, die in der EU 85 Prozent der Alleinerziehenden ausmachen. Junge alleinerziehende Mütter und solche mit kleinen Kindern sind am häufigsten ohne Arbeit. ParentBank will die Arbeitsmarktintegration von Alleinerziehenden fördern. Dabei wird einerseits auf die Weiterbildung der Alleinerziehenden gesetzt. Außerdem werden Fachkräfte der Arbeitsvermittlung darin geschult, Alleinerziehende bei ihrem Berufseinstieg und in ihren persönlichen Fähigkeiten zu unterstützen..

➤ [Zur Initiative ParentBank](#) 

## Offener Brief zur Evakuierung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln

Über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen, u.a. das European Youth Forum und Global Call to Action Against Poverty haben einen offenen Brief an die EU-Institutionen und den griechischen Regierungschef Kyriakos Mitsotakis veröffentlicht. Darin rufen sie die EU und Griechenland auf, die Geflüchtetenlager auf den griechischen Inseln zu evakuieren. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass über 42.000 Menschen in diesen vollkommen überfüllten Lagern ohne ausreichend Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln leben. Die Einhaltung der Hygienemaßnahmen zum Infektionsschutz sei unter diesen Voraussetzungen unmöglich, da nicht einmal Seife zur Verfügung stünde. Der Brief fordert die Verantwortlichen auf, allen Geflüchteten ein faires Asylverfahren zu ermöglichen und sie während seiner Dauer unter menschenwürdigen Bedingungen leben zu lassen. Alle EU-Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Asylsuchende aus Griechenland aufzunehmen.

➤ [Offener Brief zur Evakuierung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln](#)  

## Internationaler Frauentag am 8.März

Der 8. März wird seit über 100 Jahren als Internationaler Frauentag begangen. Er wird zum Teil auch als Frauenkampftag oder feministischer Kampftag bezeichnet, um die politische Dimension des Datums deutlich zu machen. Weltweit demonstrieren jährlich Frauen und andere Menschen gegen Sexismus und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, gegen Gewalt an Frauen und Femizide und für eine geschlechtergerechte Gesellschaft mit gleichen Möglichkeiten für alle Geschlechter. Der Equal Pay Day lag in Deutschland im gleichen Monat, am 17. März. Bei einem durchschnittlich aktuell 21 Prozent geringerem Jahresbruttoeinkommen markiert dieses Datum den Tag, ab dem Frauen aufs Jahr gerechnet für ihre Arbeit bezahlt werden. Deutschland liegt mit diesem Wert im europäischen Vergleich vor Estland auf dem vorletzten Platz. Die Gender Pay Gap liegt im europäischen Durchschnitt aktuell bei 14,8 Prozent. Zum Großteil werden diese Unterschiede auf strukturelle Gründe zurückgeführt: Berufe, die traditionell häufiger von Frauen ausgeübt werden, sind trotz häufig hoher Qualifizierung und Verantwortung gering bezahlt.

## Berichte und Studien

---

### OECD: Statistiken und wissenschaftliche Perspektiven zu Covid-19

Die OECD hat eine Website mit laufend aktualisierten Statistiken und wissenschaftlichen Beiträgen aus verschiedenen Disziplinen zur Covid-19 Pandemie veröffentlicht. Dort finden sich Daten zu den Kapazitäten der nationalen Gesundheitssysteme im Vergleich, Modellierungen zu Auswirkungen auf die Volkswirtschaften und Einschätzungen zu den Maßnahmen des Infektionsschutzes in unterschiedlichen Staaten. Neben Daten und Analysen werden auch Politikempfehlungen zur Bearbeitung der Krise in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft und Soziales abgegeben. Sie umfassen Vorschläge für kurzfristige Lösungen in den betroffenen Sektoren und für besonders verletzbare Gruppen sowie Perspektiven für die langfristigen Konsequenzen der Corona-Krise.

- [OECD: Tackling coronavirus \(COVID-19\)](#) 

### EU-Kommission: Studie zur Situation von „Plattform-ArbeiterInnen“

Befördert durch die Möglichkeiten des digitalen Wandels werden in Europa ArbeitnehmerInnen zunehmend über Internetplattformen vermittelt. Die sogenannten „platform workers“ sind in der Regel selbstständig oder freiberuflich tätig. Ihre Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit sind daher häufig prekär. Die Europäische Kommission hat nun eine Studie veröffentlicht, die ihre Situation im europäischen Vergleich betrachtet und verschiedene Ansätze zur Regulierung dieses Status aufzeigt. Eine Schwierigkeit dabei besteht demnach darin, dass diese Form der Arbeit sehr divers ist: Sie reicht von Gering- zu Hochqualifizierten, von Dienstleistungen online oder nur durchs Internet vermittelt und von ausschließlicher Arbeit über Plattformen zu einem kleinen Nebenverdienst. Insbesondere die Plattform-ArbeiterInnen, die fast ausschließlich von diesen Aufträgen übers Internet leben, haben eine unzureichende soziale Sicherung.

- [Studie zur Situation von Plattform-ArbeiterInnen](#) 

### IEEP: An EU Green Deal for trade policy and the environment

Das Institute for European Environmental Policy (IEEP) hat einen Bericht zum European Green Deal und dem Welthandel herausgegeben. Darin wird dargestellt, dass EU-weite Maßnahmen nur eine begrenzte Wirkung auf das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaft haben, solange die Ansprüche an Nachhaltigkeit nicht auf Handelspartner ausgedehnt werden. Zudem werden politische Empfehlungen formuliert. Dazu zählen die intensivere Prüfung von Handelsabkommen auf Nachhaltigkeit, ihre konkretere Formulierung zur Gewährleistung der Überprüfbarkeit und das entschlossenere Eintreten für die Implementierung der Vorgaben durch Handelspartner.

- [IEEP: An EU Green Deal for trade policy and the environment](#)  



## Bevorstehende Veranstaltungen

Aus aktuellem Anlass führen wir derzeit nur Veranstaltungen auf, die ab Juni 2020 geplant sind.

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
1. - 4. Sept 2020 Zürich	<a href="#">16. Internationale Konferenz der EUSARF (European Scientific Association for Residential and Family Care for Children and Adolescents)</a>	EUSARF
29. Sept. 2020 Berlin	Child Guarantee	COFACE Families Europe, AGF
29.-30. Okt 2020 Berlin	<a href="#">Annual ICCFR Seminar</a>	AGF, ICCFR
25.-27. Nov 2020 Mannheim	<a href="#">European Social Economy Summit 2020</a>	Europ. Kommission, Stadt Mannheim

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

